



HESSISCHER LANDTAG

22. 04. 2009

*Dem
Rechts- und Integrationsausschuss
überwiesen*

Berichts Antrag der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion betreffend Erwerbsbeteiligung von Migranten und Migrantinnen in der Region Rhein-Main

Von den ca. 6,1 Mio. in Hessen lebenden Menschen haben rund 24 v.H. einen Migrationshintergrund. Im Bundesländervergleich liegt Hessen somit an der Spitze der westdeutschen Flächenländer.

Am 7. April 2009 veröffentlichten die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und das Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) die Auswertung ihrer Ergebnisse aus einer im Herbst 2008 durchgeführten Befragung in hessischen Betrieben bezüglich der Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Region Rhein-Main.

Diese ergeben, dass trotz des hohen Bevölkerungsanteils von etwa einem Viertel die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Region Rhein-Main gering ist: Nur jeder zehnte Beschäftigte in der Region ist ein Migrant/eine Migrantin. Über 80 v.H. der befragten Betriebe der Region sehen grundsätzlich keine Hinderungsgründe, Menschen mit Migrationshintergrund zu beschäftigen, geben aber als Einstellungshindernisse mangelhafte Sprachkenntnisse oder fehlende fachliche Qualifikationen an. Etwa 15,6 v.H. der Betriebe sehen Hindernisse, offene Stellen mit Migrantinnen und Migranten zu besetzen. Diese bestehen laut Untersuchung in mangelhaften oder fehlenden Deutschkenntnissen und defizitären schulischen und beruflichen Qualifikationen, insbesondere bei Jugendlichen.

Bedenklich ist das vergleichsweise niedrige Qualifikationsniveau der Menschen mit Migrationshintergrund: Fast 40 v.H. verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung und sind somit in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs stärker dem Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt.

Die Untersuchung weist darauf hin, dass Integrationsanstrengungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung nicht nur auf arbeitslose Migranten beschränkt bleiben dürfen, sondern bereits Beschäftigte miteinbezogen werden müssen. Gleichzeitig besteht in vielen Betrieben Bedarf an mehrsprachigen Beschäftigten.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechts- und Integrationsausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, beziehungsweise hat sie ergriffen, um das bestehende Angebot an Deutschkursen speziell für Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern und auszuweiten?
2. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, beziehungsweise hat sie ergriffen, um die bestehenden Deutschkursangebote thematisch zu differenzieren und den Inhalt und das Niveau der Angebote an die beruflichen Bedürfnisse der Zielpersonen mit Migrationshintergrund anzupassen (z.B. Wirtschaftsdeutsch für Personen im kaufmännischen Sektor)?

3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, beziehungsweise hat sie ergriffen, um die Beschäftigungschancen von Menschen mit Migrationshintergrund in den Sektoren
 - Erziehung und Unterricht,
 - öffentliche Verwaltung,
 - Verkehr/Nachrichten,
 - Kreditinstitute/Versicherungenzu erhöhen?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, beziehungsweise hat sie ergriffen, um die Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund sowohl im Bereich der frühkindlichen Bildung als auch der Erwachsenenbildung zu fördern und zu unterstützen?
5. Was wird die Landesregierung zusätzlich tun, um gezielte und notwendige schulische und berufliche Nachqualifizierung von jugendlichen und erwachsenen Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen, mit dem Ziel, das Qualifikationsniveau dieser Personen zu erhöhen?
6. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die im Ausland erworbenen Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten rasch und unbürokratisch in Hessen anerkannt werden?
7. Welche zielorientierten Angebote gibt es für Migrantinnen und Migranten zur Nachqualifizierung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen, um deren Anerkennung beziehungsweise Gleichstellung mit deutschen Qualifikationen zu erreichen?
8. Wie werden qualifizierte Migrantinnen und Migranten seitens des Landes bei ihrem Einstieg in das Berufsleben in Deutschland unterstützt und gefördert?

Wiesbaden, 22. April 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir

Mürvet Öztürk